

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

in Bezug auf diese Vorlage möchten wir noch einmal kurz Stellung nehmen zur Situation des Frauenhauses. Wir finden es erfreulich, dass jetzt 37 500 € an das Frauenhaus gehen, aber natürlich ist das Frauenhaus damit immer noch nicht auskömmlich ausgestattet.

In Deutschland gibt es ca. 367 Frauenhäuser und ca. 40 Schutzwohnungen. Es gibt über 7000 Plätze und ca. 15.000 bis 17.000 Frauen finden jährlich Schutz in Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen. Rechnet man ihre Kinder hinzu, so sind es etwa 30.000 bis 34.000 Personen pro Jahr, die betreut werden.

Jedoch müssen immer noch Tausende Frauen abgewiesen werden, wegen fehlender Plätze. 2016 wurden im Bund - und das sind Zahlen aus nur 6 Bundesländern- 13500 Frauen abgewiesen. Sieben andere Bundesländer führen darüber überhaupt keine Statistik, man stelle sich das vor.

Als ausreichend gilt ein Platz pro 10 000 Einwohner. Gemessen an dieser Zahl sieht es in Gelsenkirchen immer noch düster aus. Es existieren 20 Plätze für Frauen, die Schutz suchen. Diese Zahl reduziert sich jedoch, sobald Kinder mitgebracht werden. So kann es sein, dass auch nur Platz für 12 Frauen und 8 Kinder vorhanden ist. Für eine Kommune wie Gelsenkirchen sollten allein 26 Frauenplätze vorhanden sein.

Am 12. Oktober 2017 hat Deutschland die Istanbulkonvention vom Mai 2011 ratifiziert. Deutschland hat damit das Übereinkommen des Europarats ratifiziert und den Schutz von Frauen vor allen Formen von Gewalt in Deutschland weiter gestärkt. Seit dem 1. Februar ist der Inhalt der Konvention damit geltendes Recht in Deutschland.

6.653 Aufnahmegesuche mussten 2015 in NRW abgewiesen werden. , - rund zwei Drittel davon wegen Überbelegung.

Den 7.000 Plätzen stehen laut Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2014 mehr als 104.000 angezeigte Fälle gegenüber, in denen Frauen von ihren Partnern vergewaltigt, verletzt, gestalkt oder getötet wurden. Die Dunkelziffer liegt dabei um ein Vielfaches höher.

Abseits von medienwirksamen MeToo-Kampagnen, bei denen man sich immer so hübsch in der Zeitung ablichten lassen kann und wofür man Preise bekommt, scheint nicht sehr viel zu passieren.

Auch unter einer rot-grünen Regierung ist es hier in NRW nicht zu einer auskömmlichen Ausstattung der Frauenhäuser gekommen, aber Me Too –Kampagnen sind ja auch billiger.

Ich würde mir wünschen, dass derartige Medienspektakel sich endlich einmal in realer Politik niederschlagen, sprich in Mark und Pfennig bei der Finanzierung der Frauenhäuser.

Unabhängig davon, möchte ich betonen, dass ich die Tatsache, dass endlich über sexualisierte Gewalt in Deutschland gesprochen wird, sehr begrüßenswert finde. Aber dann müssen Taten folgen!